MITTELDEUTSCHER ERNÄHRUNGS-GIPFEL 2026

Erfurter Erklärung

Erklärung der Mitteldeutschen Ernährungswirtschaft im Rahmen des 10. Mitteldeutschen Ernährungsgipfel

Erfurt, 29. September 2026

Die Ernährungswirtschaft zählt zu den beschäftigungsintensivsten und umsatzstärksten Industriebranchen in Mitteldeutschland. Über 65.000 Menschen arbeiten in der Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln, Futtermitteln und Getränken. Die Branche erwirtschaftet einen Umsatz von über 23 Milliarden Euro und trägt damit maßgeblich zur industriellen Wertschöpfung und Versorgungssicherheit der Region bei. Die Unternehmen sind überwiegend mittelständisch geprägt und stehen für nachhaltige Produktion, effiziente Ressourcennutzung und die Einhaltung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Trotz dieser wirtschaftlichen Bedeutung stellt sich die Lage für viele Betriebe inzwischen deutlich dramatisch dar. Die anhaltenden Belastungen wirken tief in die Geschäftsmodelle hinein, gefährden Investitionen, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit und bringen zahlreiche Unternehmen an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Anders als bei globalen Großkonzernen ist die Marktmacht der vorherrschenden Mittelstandsstrukturen begrenzt. Jeder weitere Kostendruck schwächt die mittelständische Ernährungswirtschaft weiter und setzt den Fortbestand der regionalen Wirtschaftsstrukturen aufs Spiel. Wir dürfen in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die Ernährungswirtschaft in Mitteldeutschland von wesentlicher Bedeutung im verarbeitenden Gewerbe ist: In Sachsen-Anhalt ist sie die stärkste Branche, in Thüringen die zweitstärkste und in Sachsen mit Rang vier eine der wichtigsten Branchen.

Herausforderung: Energie- und Produktionskosten

Deutschland bleibt ein kostenintensiver Wirtschaftsstandort. Trotz verschiedener Entlastungsinitiativen sehen sich insbesondere mittelständische Unternehmen weiterhin mit erheblichen Belastungen und Wettbewerbsnachteilen konfrontiert. Gleichzeitig steigen die Personalkosten, unter anderem infolge tariflicher und gesetzlicher Anpassungen. In einem von hohem Wettbewerbs- und Preisdruck geprägten Marktumfeld sind die Möglichkeiten, diese Mehrkosten entlang der Wertschöpfungskette weiterzugeben, wenn überhaupt, dann nur begrenzt vorhanden.

Konkrete Maßnahmenvorschläge

- Reduktion staatlicher Abgaben und Umlagen auf Energie
- Weiterentwicklung bestehender Energieeffizienzprogramme zu branchenspezifischen, praxisnahen Förderinstrumenten für die Ernährungswirtschaft
- Maßnahmen zur Stärkung der Nettoentlastung für Beschäftigte, um Kaufkraft und Nachfrage zu stabilisieren
- Unterstützung bei der Transformation zu alternativen Energieträgern durch Bürgschaften und Investitionszuschüsse sowie Ausbau der Energieinfrastruktur

Herausforderung: Bürokratie- und Dokumentationsaufwand

Die Unternehmen sind mit einer Vielzahl überlagernder Dokumentations- und Meldepflichten konfrontiert. Ein durchgängiges „Once-only"-Prinzip ist nicht umgesetzt und parallele Systeme sowie Mehrfacherfassungen erhöhen den Arbeits- und Personalaufwand. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bindet Bürokratie qualifiziertes Personal, das in der Wertschöpfung fehlt. Langwierige Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren beeinträchtigen Investitionsentscheidungen.

Konkrete Maßnahmenvorschläge

- Verpflichtende Umsetzung des „Once-only"-Prinzip zumindest für alle Landes- und Bundesmeldungen
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch verbindliche Fristen und digitale Antragsstrecken
- Einrichtung eines dauerhaften „Praxischecks Mittelstand", der neue Regelungen zunächst auf Umsetzbarkeit prüft

Herausforderung: Investitionsklima und Förderbedingungen

Fehlende Planungssicherheit und steigende Kosten führen dazu, dass Investitionen verschoben oder aufgegeben werden. Das Investitionsklima ist deutlich eingetrübt. Viele Unternehmen sind durch die Krisen der vergangenen Jahre finanziell geschwächt. Kreditvergaben sind restriktiver, Insolvenzen nehmen zu und haben in vielen Branchen ein Rekordhoch erreicht.

Konkrete Maßnahmenvorschläge

- Einführung eines unbürokratischen Transformationsfonds für Digitalisierung, Automatisierung und Energieeffizienz
- Landesbürgschaften mit eigenkapitalersetzender Wirkung für Investitionen
- Einrichtung eines Liquiditätssicherungsprogramms für unverschuldet in Schieflage geratene Unternehmen
- Beschleunigte Verfahren bei Investitionsgenehmigungen und Modernisierungsprojekten
- Verlässliche politische Rahmenbedingungen durch mehrjährige Förderlinien und stabile Regulierungszyklen

Herausforderung: Preis- und Margendruck durch Lebensmitteleinzelhandel

Die Unternehmen stehen unter massivem Margendruck, während Kosten steigen. Absatzmengen sind schwerer zu sichern, denn Verbraucher greifen verstärkt zu preisorientierten Produkten, regionale und Bio-Produkte verlieren. Die Politik kann unterstützend zum Beispiel für die Kaufkraft der Verbraucher wirken.

Konkrete Maßnahmenvorschläge

- Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher („mehr Netto vom Brutto") durch gezielte steuer- und abgabenpolitische Entlastungen
- **Aufschub der Steuer auf zuckergesüßte Getränke:** Die für das Jahr 2027 vorgesehene Einführung einer Steuer auf zuckergesüßte Getränke würde die Unternehmen in der aktuellen Hochkostenlage zusätzlich belasten. Die notwendigen Anpassungen von Rezepturen, Produktionsprozessen und Kennzeichnungen sind mit erheblichen Investitionen und einem beträchtlichen Zeitaufwand verbunden. Gleichzeitig könnten die entstehenden Mehrkosten im preissensiblen Markt kaum weitergegeben werden, was die wirtschaftliche Lage der Betriebe weiter verschärfen und zu höheren Verbraucherpreisen führen würde. Hinzu kommen weiterhin bestehende Unsicherheiten hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Regelung. Um Planungssicherheit zu gewährleisten und zusätzliche Preissteigerungen zu vermeiden, ist ein Aufschub der Einführung dringend erforderlich.

Herausforderung: Arbeitsmarkt und Fach- und Arbeitskräftemangel und Eingriffe in die Lohnfindung

Der Fachkräftemangel ist eine zentrale Bedrohung für die gesamte Wertschöpfungskette. Demografischer Wandel, veränderte Erwartungen an Arbeitsbedingungen und sinkende Attraktivität bestimmter Berufsbilder verschärfen die Lage. Die politische Gemengelage, bürokratische Hürden und langwierige Verfahren behindern die Gewinnung internationaler Fachkräfte. Die wiederholte politische Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns greift zunehmend in die bewährte Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften ein. An die Stelle branchenspezifischer und marktorientierter Lohnfindung treten staatliche Vorgaben, die den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen nur eingeschränkt Rechnung tragen können. Für die Branche führt diese Entwicklung zu erheblichen Kostensteigerungen, die wie bereits dargestellt nur teilweise oder gar nicht weitergegeben werden können. Gleichzeitig stehen deutsche Hersteller im direkten Wettbewerb mit Produzenten aus europäischen Nachbarländern, die häufig von niedrigeren Arbeits- und Standortkosten profitieren. Diese Entwicklung verstärkt die Verlagerung von Beschaffungs- und Produktionsvolumina ins Ausland. Dadurch gehen Wertschöpfung, Investitionen und Beschäftigung zunehmend verloren. Der Standort Deutschland droht insbesondere in arbeitsintensiven Bereichen weiter an Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit einzubüßen.

Konkrete Maßnahmenvorschläge

- Beschleunigung von Anerkennungs- und Zuwanderungsverfahren durch digitale Prozesse und zentrale Stellen
- Abbau bürokratischer Hürden bei der Beschäftigung internationaler Fachkräfte
- Modernisierung der Berufsbilder und Stärkung/Förderung der dualen Ausbildung sowie beruflichen Bildung
- Stärkung der Tarifautonomie und Verzicht auf politische Eingriffe in die unabhängige Lohnfindung der Tarifpartner
- Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen bei gesetzlichen arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen
- Entlastung der Unternehmen bei Lohnnebenkosten, um steigende Arbeitskosten abzufedern
- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen gegenüber europäischen Produktionsstandorten
- Regelmäßige Folgenabschätzungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung, Investitionen und Produktionsverlagerungen

Gemeinsames Ziel: Zukunft sichern

Die Ernährungswirtschaft ist ein zentraler Pfeiler der mitteldeutschen Industrie und ein Garant für unabhängige Versorgungssicherheit, Beschäftigung und Wertschöpfung. Damit sie diese Rolle auch künftig erfüllen kann, braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen, spürbare Entlastungen und eine mittelstandsgerechte Standortpolitik, die sowohl die Unternehmen stärkt als auch die Kaufkraft der Verbraucher im Blick behält. Die Ernährungswirtschaft in Mitteldeutschland erfüllt ihre starke gesellschaftliche Verantwortung und möchte weiter mit ihren beliebten und qualitativ hochwertigen Produkten die bunte Vielfalt im Regal sichern.

Die Unternehmen der Ernährungswirtschaft sind bereit, den notwendigen Wandel aktiv zu gestalten. Dafür benötigen sie jedoch Planungssicherheit, faire Wettbewerbsbedingungen und eine Politik, die die strukturellen Herausforderungen des Mittelstands und dessen Verbraucher konsequent adressiert.

Wir als Initiatoren des Mitteldeutschen Ernährungsgipfels stehen für einen konstruktiven und lösungsorientierten Dialog mit Politik und Verwaltung. Wir sind bereit, die besonderen Herausforderungen der Branche persönlich zu erläutern und gemeinsam tragfähige Maßnahmen zu entwickeln, die Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und wirtschaftliche Stabilität langfristig sichern.

MITTELDEUTSCHER ERNÄHRUNGS-GIPFEL 2026

Thüringer Ernährungsnetzwerk
Lebensmittel. Wirtschaft. Innovation.

NETZWERK Ernährungswirtschaft Sachsen-Anhalt e.V.

Netzwerk Ernährungsgewerbe Sachsen

Stellvertretend für die drei Branchennetzwerke gezeichnet

_____

Matthias Gaida
Thüringer Ernährungsnetzwerk e.V.

_____

Kirsten Tänzer
Netzwerk Ernährungswirtschaft Sachsen-Anhalt e.V.

_____

Mike Hennig
Netzwerk Ernährungsgewerbe Sachsen